

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

nr 60



**diskussion
zum
bundeskongreß**

beiträge zur theorie und strategie der linken

Anfang Jänner beschloß die Vollversammlung unserer Organisation die Orientierung auf den Bundeskongreß für 17. - 19. Juni 1976. Unsere Bundeskongresse haben die Aufgabe, die Erfahrungen und die politische Praxis unserer Organisation in der vorangegangenen Periode, konkret seit März 1973, zusammenzufassen und daraus die politisch-organisatorischen Schwerpunkte für die Tätigkeit der Bewegung für Sozialismus in den folgenden Jahren abzuleiten. Dem entspricht auch die Struktur, die wir unserem Bundeskongreß gegeben haben:

1. DIE LINKE BEWEGUNG IN ÖSTERREICH UND DIE AUFGABEN DER BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS
Rechenschaftsbericht
2. ZUR ORGANISATIONSPROBLEMATIK
3. SCHWERPUNKT - ARBEITSKREISE ZUM BUNDESKONGRESS
 - + Betrieb, Gewerkschaft
 - + Bildungspolitik
 - + Jugendpolitik
 - + Kommunalpolitik

Die Diskussion zu diesen Themen, die in der letzten Nummer von "offensiv links" begonnen wurde, hat mittlerweile Dimensionen angenommen, die den Rahmen von "offensiv links" sprengen würde. Aus diesem Grund werden die Diskussionsbeiträge zum Bundeskongreß der Bewegung für Sozialismus in den "Aspekten" gesammelt.

Diese Nummer enthält folgende Beiträge:

Krise und Klassenbewußtsein (Zsolt Patka)	3
Zur Organisationsfrage, Organisation - Mittel oder Zweck? (Kurt Langbein)	5
Strategie und Organisation, für die Stärkung der Bewegung für Sozialismus (Ronny Pohoryles)	7
Zur Rolle der Kommunistischen Parteien oder Leninismus und Sozialdemokratismus als feindliche Brüder (Paul Herrmann)	9

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger:
FÖJ - Bewegung für Sozialismus.
Für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl,
alle 1040 Wien, Belvederegasse 10. Telefon 65 19 52.

Krise und Klassenbewußtsein

I.

Als die ersten tieferen Krisentendenzen der kapitalistischen Welt Ende der sechziger Jahre sich abzuzeichnen begannen, setzte gerade der Zerfallsprozeß der Neuen Linken ein. Gleichsam als verspätetes Echo dieser plötzlichen Sturm- und Drangperiode einer über Nacht politisierten Jugend

(Schüler, Studenten und Randschichten der Gesellschaft), die sich ebenso schnell verlief, wie sie zusammenfand, folgte der heiße Herbst '69 in Turin, waren qualitativ neue Formen und Methoden des Streiks, des inner- und außerbetrieblichen Kampfes in Frankreich und auch in England auf der Tagesordnung. Sie waren authentische Basisinitiativen, Kämpfe der Klassen, Sache der Kernschichten und neue Formationen der Arbeiterschaft und der Angestellten.

Als die Krise Mitte der siebziger Jahre voll einsetzte – galoppierende Inflation, ernsthafte Stagnation der Produktion und in der Folge Millionen Arbeitslose – war der meist abgezirkelte, sektiererhafte Umgruppierungsprozeß der Reste und der Erben der Neuen Linken bereits abgeschlossen. Von Italien (Lotta continua, Il Manifesto-PdUP) über Frankreich (PSU) bis zur BRD (zahllose KPDs, die DKP, das Sozialistische Büro) waren die neuen Fronten eines alten Stellungskriegs abgesteckt: gegen das Kapital und gegen den Revisionismus (wobei dieser beliebig interpretierbar, von jeder Gruppe auf jede Gruppe anwendbar war). Nun brauchte man – so schien es – nur darauf zu warten, daß das wahre Subjekt der Revolution, die Arbeiterschaft durch den derben Kuß der Krise (in der BRD und in Österreich) aus dem Dornröschenschlaf der Sozialpartnerschaft geweckt, (in Italien und Frankreich) aus den Sozialstaatsillusionen und

den darauf beruhenden Träumereien vom friedlichen Weg zum Sozialismus gerissen wird.

Durch eine neue Generalkrise des Kapitals schien die Hoffnung auf die Rekonstruktion einer neuen Generallinie der Revolution aufzugehen.

II.

Die gegenwärtige Krise des Imperialismus ist in der Tat und nicht nur tendenziell die tiefste und globalste seit dem 2. Weltkrieg. Sie wurde durch ein scheinbares Oberflächengebrechen des Systems, durch eine monetäre Krise ausgelöst, deren Hauptursache das krampfhaftes Festhalten des US-Imperialismus an der Fiktion der Wertbeständigkeit des Dollars war. Die Fiktion wurde durch die maßlosen Transaktionen im Gefolge der amerikanischen Aggression in Vietnam entlarvt (auf diese Weise hatten die westeuropäischen Länder indirekt einen Teil der Kosten der Aggression mitfinanziert). Bald waren alle bis dahin geltenden Normen des Austausches von Währungen imperialistischer Länder durcheinandergewirbelt. Und da Geld selbst eine Art Fiktion ist, erklimmte das fast schon totgesagte Gold als wertbeständiges Äquivalent neue ungeahnte Höhen seines Preises. Wie schlecht es um das "vulgäre" Geld bestellt war, zeigte sein schwindender Wert, seine "Verdünnung", anders gesagt, die steigenden Preise, das ist der verzweifelte Versuch der Produktionsmittel- und Warenbesitzer, die sogenannte "Erlös-Kosten-Relation" wenigstens für den Augenblick zu verbessern. Der Staat, der längst nicht mehr nur über die Nachtruhe seiner von ihren Tagesgeschäften erschöpften Bürger wacht, sondern gerade am Werkstage alle Anstrengungen unternimmt, um die Bedingun-

gen gesellschaftlicher Produktion, d. h. der ungestörten Kapitalakkumulation, der Verwertung des Wertes, der Reproduktion des Kapitals auf immer höherer Stufenleiter zu garantieren, der Staat "spendiert" mit beiden Händen, um beide Momente einer totalen Krise zu vermeiden: den Boykott des Kapitals und den Boykott der Arbeit. Er investierte, intervenierte, versuchte den Schein wachsender sozialer Leistungen aufrechtzuerhalten – und machte Schulden. Da wurde ihm auch noch in den Rücken gefallen. Rohstoffproduzierende Länder (vor allem Erdöl) begnügten sich nicht mehr mit dem Almosen für den besonderen Saft, der ganze Industriesektoren speist und andere in Bewegung hält; auch die steigenden Preise für die ohnehin sündteuren Produktionsgüter der Industrieländer verlangte nach Ausgleich in den traditionell niedrigen, weil vielfach von den Industrieländern diktierten Preisen für Rohstoffe aller Art. Bestimmte Branchen hatten nach zwanzig Jahren ununterbrochen wachsender Produktion ihre Absatzmärkte soweit gesättigt, daß sie sich entweder etwas vollkommen Neues einfallen lassen oder die Produktion drastisch drosseln mußten. Die Zahl der Arbeitslosen schoß in die Höhe und mußte trotzdem bei politisch guter Laune gehalten werden. Also weitere Verschuldung des Staates, weiter wachsendes Mißtrauen der "Wirtschaft" in lohnende Realisierbarkeit des Profits, in die Höhe des "Gewinns" (wie man es gerne nennt, als käme es beim Glücksspiel per Zufall heraus), sagen wir als des Mehrwerts.

Das ist aber erst der 1. Akt des Dramas. Im 2. Akt treten Faktoren auf, die im ersten sich dezent im Hintergrund gehalten haben oder überhaupt erst herausgebildet wurden. Kleine

und große Firmen gingen bankrott, wurden teils von Größeren aufgesogen (Konzentration des Kapitals, zunehmende Monopolisierung), teils stillgelegt, endgültig "abgeschrieben" (Vernichtung von Kapital). Neue, rationale Methoden wurden in die Produktion eingeführt. Der Staat hat sich beim großen Preisausschreiben "Investieren, produzieren, profitieren" nicht lumpen lassen. Auch die Gewerkschaften haben kapiert, wieviel es geschlagen hat und empfahlen allen die noch Gürtel tragen (und wegen ihrer voluminösen Art nicht lieber Hosenträger vorziehen), ihre Gürtel enger zu schnallen. Der Reallohn wurde da und dort erfolgreich gesenkt, zum mindesten bravourös auf das Vorjahresniveau angehoben (nominell erhöht, real gleich belassen). Langsam begann das Werkel wieder zu laufen.

Die Prognosen widersprechen einander noch, werden aber bereits optimistischer. Die Investitionsgüterindustrie meldet wachsende Auftragsengänge, auch im Verbrauchsgüterbereich wittern die bisher schlecht ausgelasteten Firmen Morgenluft. In Japan und Nordamerika, wo das Ganze seinen Anfang nahm, schlägt sich der Aufschwung auch in statistisch gesicherten Zahlen nieder. In einigen Ländern wie Großbritannien, Schweden, Schweiz, Belgien und Finnland wartete man noch auf den Wendepunkt. Und in Italien – wen wundert es – sind von einer Besserung noch weit und breit keine Anzeichen zu entdecken.

Um allzu großem Optimismus zu begegnen, veröffentlichte die OECD zum Ende des Jahres 1975 eine Wirtschaftsstudie über die Perspektiven für 1976. Darin wird von einem mäßigen Aufschwung gesprochen. (Das Bruttosozialprodukt soll in den USA 5,75% zunehmen, in Japan um 4,25%, in der BRD um 3,25%, in Frankreich um 3%, in Italien um 1,5% und in England gar nicht.) Die Inflationsrate wird mäßig zurückgehen, aber ein neuer Inflationsschub wird nicht ausgeschlossen. Es wird warnend darauf hingewiesen, daß es sich hier vor allem nicht um eine Konjunkturwelle früherer Art handelt, daß sie, ehe sie noch richtig zu wirken beginnt, schon wieder abflauen könnte. Und nebenbei: auf gar keinen Fall wird sie das gänzliche Ver-

schwinden der Arbeitslosenziffern mit sich bringen. In der BRD rechnet man sogar mit einer konstanten Zahl von einer halben bis eine Million für die nächsten Jahre...

III

Sowohl in den sozialpartnerschaftlich dominierten Ländern als auch in jenen mit einer gewissen Kontinuität der Klassenkämpfe folgte die Lohnbewegung in der Regel dem Auf und Ab der Konjunkturkurve. Dabei handelte es sich nie und nirgends um ein wirkliches Wettmachen der Vorsprünge der Gewinnrate durch die entsprechende Erhöhung der Lohnrate. Sowohl in Ländern mit sozialdemokratischer Hegemonie in der Arbeiterschaft als auch in jenen mit dem Haupteinfluß durch traditionell kommunistische Parteien läßt sich aber parallel zu den Lohnbewegungen und Klassenkämpfen eine gewisse Kontinuität des Erstarkens der gesellschaftlichen Positionen der Arbeiterschaft und ihrer Organe feststellen. In Österreich und in der BRD der Aufstieg der Sozialdemokratie zu Regierungswürden; in Italien eine ständige Stärkung der linken Fraktionen im Parlament, vor allem der KPI; die Herausbildung einer neuen linken parlamentarischen Alternative in Frankreich durch Sozialisten und Kommunisten. Je nach Verschiedenheit der historischen und aktuellen Problematik der einzelnen westeuropäischen Länder kann man doch von einer einheitlichen Festigung der reformistischen Positionen der Arbeiterschaft sprechen (ohne damit ein Werturteil abgeben zu wollen). (Reformistisch nach dem Stand der Dinge ist die SPÖ in Österreich auch – wenigstens in den Augen der Arbeiterschaft.)

Eine rein ökonomische Betrachtung der Dinge kann hier zu ihrer Erklärung wenig beitragen. Auch der Prozeß der massenhaften Herausbildung von Klassenbewußtsein, der Einsicht in die ökonomischen Ausbeutungszwänge und in die daraus resultierenden politischen Herrschaftsverhältnisse bedeutet noch nicht revolutionäre Handlungsbereitschaft. Es wird – nicht nur von den verantwortlichen offiziellen Organen der Arbeiterschaft, von Gewerkschaften und politischen Parteien – sondern von den meisten Arbeitern sehr viel und verschiedenes

ins Kalkül gezogen: die internationalen Kräfteverhältnisse und machtpolitischen Einflußsphären; das nationale Kräfteverhältnis, die Klassenkonstellation; die wirtschaftliche, d.h. politische Abhängigkeit von Außenmärkten; die Chancen einer eigenständigen politischen und ökonomischen Entwicklung und deren Preis etc. Sehr grob gesprochen: auch der italienische Arbeiter will den "Padrone", den Fabrikherren oder dessen Direktor solange "nur" in seine Schranken weisen, solange er dessen totale, systematische Ersetzbarkeit und Ablösung nicht in realer gesellschaftlicher Gestalt vor sich sieht. Wie er um seinen Arbeitsplatz bangt und kämpft, so fürchtet er und schrickt er vor einer Entwicklung zurück, die ihn eventuell ökonomisch hinter das zurückwerfen könnte, was er bis jetzt geschafft hat. Die radikale Erweiterung seiner politischen Rechte und Freiheiten bleibt Abstraktion, die er als solche im Geiste auch bejaht. Worum es ihm aber geht, ist die Erlangung dieser Freiheiten und Rechte bei gleichzeitiger Absicherung und möglicher Verbesserung seiner ökonomischen Stellung in der Gesellschaft. Es gibt freilich genügend Arbeiter und Bauern, die weniger Einkommen beziehen als er; die müssen, wie er es auch tut, um ihre Besserstellung kämpfen und da ist er solidarisch. Aber seine Erwartungen richten sich noch immer auf den Staat, den er sich sozialer gegenüber den Schwächeren, freundlicher, überhaupt gerechter vorzustellen eher imstande ist, als dessen Zerstörung. Das ist der Konsens, auf den die KPI die meisten Fraktionen der Mehrheit der Arbeiterschaft in Italien zu vergattern vermag. Eine Illusion vielleicht, die aber nur in der Tat, durch die rauhe Wirklichkeit zerstört werden kann.

Der in der weitaus schädlicheren, weil tatsächlich sich selbst übervorteilenden Illusion der Sozialpartnerschaft lebende Arbeiter hat nicht einmal diese Hoffnungen und Erwartungen. Er lebt in der Realität der Klassengesellschaft mit dem naturwüchsigen Selbstverständnis, als Revenuebezieher durch Verkauf seiner Arbeitskraft den besten Preis zu erzielen, und das ist von der Marktlage abhängig. Und diese – wie er glaubt übergeordneten Faktoren geschuldete Lage – könnte durch sein allzu heftiges

subjektives Eingreifen nur gestört und schließlich auch zu seinen eigenen Ungunsten verändert werden. Da weiß die Gewerkschaft schon besser, was "drin" ist. Dieser Materialismus macht ihn aller ideellen Agitation gegenüber immun oder mißtrauisch, die von ihm Dinge fordert und ihm verspricht, welche er als real abgerundete Perspektive kaum nachvollziehen kann. Die wenigen im Namen der sozialen Ideen angebbaren Beispiele (die "sozialistischen Länder") erfaßt er nicht kritisch, sondern in ihrer empirischen Gegebenheit. Eine handfeste Alternative zu dem was ist was nicht durchwegs gut ist, aber ökonomisch besser ist, als was "drüben" ist, bietet sich nicht an.

IV

Es gibt keine Gleichung : Krise = Klassenbewußtsein. Klassenbewußtsein entsteht unabhängig vom Zyklus, jederzeit, wo das Verhältnis Lohnarbeit und Kapital besteht. Es muß nicht entstehen, es kann durch verschiedene historische und aktuelle Entwicklungstendenzen so gründlich verschüttet sein, daß die tiefste Krise nicht zu ihrer massenhaften Erwe-

kung, sondern unter Umständen sogar zu seiner Planierung beitragen kann (z.B. die Eroberung der Arbeiterköpfe durch den Faschismus und Nationalsozialismus zwischen den zwei Weltkriegen).

Allerdings kann ein Großteil der Illusionen, in denen der Reformismus in der Arbeiterschaft ihren Nährboden hat, durch eine Entwicklung, wie sie für die Kapitalreproduktion langfristig sich anzubahnen scheint, ihrer wichtigsten, der materiellen Grundlage beraubt werden. Das kann die Voraussetzungen für die Erfüllung der Aufgaben verbessern, die sich mit oder ohne Krise die auf Systemveränderung drängende Linke gestellt hat. Jetzt schon von den Arbeitern bei uns oder in der BRD erwarten, daß sie radikal umdenken, hieße ihre gegenwärtige Lage aus linksillusionistischer Sicht betrachten. Das System ist noch lang nicht am Ende seiner ökonomischen und politischen Möglichkeiten. Wie sollte es plötzlich von den Arbeitern und Angestellten abgeschrieben werden, die gestern noch von seiner Überlegenheit überzeugt waren, zum mindesten aber davon, daß sich das Kapital eine Krisensanierung á la

Dreißiger Jahre politökonomisch ganz einfach nicht mehr leisten kann. Es ist keineswegs nur Defätismus, der die neoreformistische Strategie selbst so klassenkämpferischer und kompromißloser Arbeiterschaften wie in Italien und Frankreich erklärbar macht. Im Gegenteil. Paradoxerweise ist es ein (vielleicht sträflicher) Optimismus, der dem Kapital einfach nicht mehr das Äußerste zutraut (im negativen und positiven Sinn des Wortes "Zutrauen"), und ihm daher auch nicht das "Äußerste" zumuten will, seinen gewaltsamen revolutionären Umsturz.

Was die Krise des Kapitalismus bei weitem greller als seine eigene Hinfälligkeit beleuchtet, ist die Krise der Arbeiterschaft, vor allem ihrer revolutionären Traditionen und Strategien. Das Kapital hat sich als durchaus fähig erwiesen, aus seinen zyklischen Krisen zu lernen. Die wichtigste Aufgabe zur Zeit für die Linke scheint daher die Stärkung ihrer revolutionärsten Eigenschaft zu sein: kritisch-selbstkritisch lernfähig zu sein.

Zsolt Patka

Zur Organisationsfrage

Organisation – Mittel oder Zweck?

Bei der Diskussion der Organisationsfrage besteht die Gefahr, die Lösungsmöglichkeiten der auftretenden Probleme nur im besseren innerorganisatorischen Funktionieren zu suchen. Mangelnde Identifikation der Mitglieder wird zwar richtig als Resultat einer verkümmerten Kommunikationsstruktur gesehen, die Änderungsversuche geschehen jedoch meistens auf organisatorisch-technischem Gebiet. Die zu geringe Wirkung nach außen wird ebenfalls oft durch verstärkten technischen Einsatz kompensiert, ohne zu berücksichtigen, daß all diese Schwierigkeiten ursächlich mit viel umfangreicheren Problemen zusammenhängen. Die politische

Organisation ist viel mehr als die Erfüllung bestimmter Schutz- und Kommunikationsfunktionen für ihre Mitglieder, sie ist ein Instrument zur Erreichung eines Zieles. Dementsprechend lassen sich die meisten innerorganisatorischen Schwierigkeiten nur durch eine genauere Definition der Aufgaben einer Organisation lösen, was hier ansatzweise geschehen soll.

1. DIE POLITISCHE ORGANISATION ALS ERARBEITERIN UND TRÄGERIN EINER GESELLSCHAFTLICHEN ALTERNATIVE

Die Herausbildung von revolutionärem Bewußtsein ist viel mehr als die bloße Negation des Bestehenden. Im hochentwickelten Kapitalismus ist es für das Kapital möglich, einen gewissen Lebensstandard für breiteste Teile der Bevölkerung zu garantieren. Weiters entwickelt die kapitalistische Verschwendungsindustrie die Fähigkeit, ständig neue Bedürfnisse zu wecken und auch teilweise zu befriedigen, bzw. die Befriedigung dieser meistens irrationalen und

inhumanen Ziele als "Zweck des Lebens" erscheinen zu lassen. Damit wird der Sozialismus für die arbeitende Bevölkerung nicht mehr eine Existenzfrage, die Revolution nicht mehr eine Entscheidung zwischen "Sein und Nichtsein", ja auch keine Frage des quantifizierten Wohlstandes. Es gilt, die Fragen der Entfremdung, der Hierarchie, des gesamten Aufbaus der Gesellschaft - nicht nur in der abstrakten Form wie bisher - ins Zentrum einer revolutionären Strategie zu rücken. Es genügt nicht, relativ immanent an der politischen Realität anzuknüpfen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Um aus ihrer Isolation herauszukommen, muß es der Linken gelingen, grundsätzlichen Alternativvorstellungen, die nicht völlig abstrakt den gegenwärtigen Zuständen gegenübergestellt werden, sondern die konkret die Hierarchie im Betrieb, die Funktion der Ausbildung und die Perversion der Freizeitgestaltung aufzeigen.

2. SPONTANITÄT UND/ODER ORGANISATION

Das Proletariat stellt heute die Mehrheit der Bevölkerung dar - jedoch ist es in verschiedenste Schichten und Gruppen aufgeteilt, deren Interessen unmittelbar durchaus nicht einheitlich sind. Gerade heute, wo die spontanen Äußerungen in den gesellschaftlichen Bereichen so vereinzelt und bruchstückhaft auftreten, stellt die Vermittlung dieser oft widersprüchlichen Bewegungen mit dem gesamtgesellschaftlichen Ziel ein zentrales Problem dar. Der Widerspruch zwischen den in Teilbereichen erfahrenen Problemen und der gesamtpolitischen Orientierung ist bestimmend für jede sozialistische Organisation und schlägt sich auch in der heutigen Miniaturform in ihrer Struktur nieder. Auf der einen Seite Basisgruppen, auf der anderen "Leitung", "Koordination". Gelingt es nicht, die politischen Erfahrungen in den Basisgruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen viel stärker zum bestimmenden Element der Politik zu machen, so bekommt jede Koordinationsinstanz einen Charakter, der ihr gar nicht zusteht. Sie wird selbst zum Initiator der Aktivitäten der Organisation. So entsteht ein "Management", das in bester Absicht die Möglichkeiten einer politischen Entwicklung in den Teilbereichen erstickt, indem es

allein bestimmt, und auch die Notwendigkeit der Arbeit nur mehr für den einsichtig wird, der über das "Ganze" einen Überblick hat. Sicherlich sind die Ursachen dieser Verdrehungen auch objektiver Natur. Über viel Freiräume verfügende Genossen werden wohl immer das Aktivitätsbild mehr oder weniger bestimmen, jedoch darf diese Schicht, die durchaus nicht nur aus Studenten besteht, nicht politische bestimmend sein.

Zur Erreichung einer breiten Beteiligung und Bestimmung der Politik lassen sich sicher einige formaldemokratische Schritte stärker betonen. Dies wird jedoch wirkungslos sein, solange die Bestimmung der Politik nicht viel stärker dezentralisiert wird und dazu auch strukturelle Voraussetzungen vorhanden sind. Voraussetzungen, die sowohl örtlich (Bezirksgruppen), als auch auf die gesellschaftlichen Bereiche bezogen (Basis- und Interessensgruppen) die Möglichkeit einer wirklich breiten Diskussion der Schritte der Organisation schaffen. So könnte die oftmalsige Unvermitteltheit zwischen konkreten Problemen in einem Teilbereich und "großer Politik" weniger als Konflikt "Management" - Basis erscheinen und dieser Widerspruch intensiver behandelt werden.

Eine weitere wesentliche Aufgabe ist die Zusammenfassung und Unterstützung von autonomen Basisinitiativen, die Förderung von Lernprozessen und Vermittlung von Erfahrung. Hier haben wir mit einigen Ausnahmen viel versäumt, was eng mit den erwähnten Strukturen zusammenhängt. Die Bündnispolitik der Bewegung für Sozialismus hat sich viel zu sehr auf die verschiedenen Organisationen der Linken - in letzter Zeit zunehmend linkssozialdemokratischer Ausrichtung - konzentriert. Es wurde kaum versucht, mit den vorhandenen autonomen Initiativen im Betrieb, bei Lehrlingen, in den Ausbildungsstätten und im kommunalen Bereich Kontakt aufzunehmen, aus ihrer Praxis Erfahrungen zu sammeln. Wenn dies geschah, so eher zufällig und es bestand auch nicht die Möglichkeit, in einer breiteren Form das Verhalten gegenüber solchen Initiativen zu diskutieren.

3. ORGANISATION ALS VERMITTLERIN HISTORISCHER ERFAHRUNGEN

Hier ist wohl das größte Loch in unserer Politik. Mit Ausnahme von einigen Seminaren wurde kaum jemals die Frage danach gestellt, welcher spezifischen Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung eine revolutionäre Bewegung angehören kann.

Basisinitiativen werden aus sich heraus nicht in der Lage sein, die Erfahrungen einer ganzen Epoche in die Bestimmung ihrer Politik einzubeziehen. Hier muß eine politische Organisation ansetzen. Es geht sowohl um die geschichtlichen Erfahrungen als auch um konkrete Erfahrungen in bestimmten Konflikten, die in die Politik einbezogen werden müssen. Es fehlt uns auch hier an Strukturen (Schulungen, Schriften), die solche Aspekte über den engen Kreis derjenigen, die sich damit beschäftigen, hinaustragen.

4. ORGANISATION ALS TRÄGERIN EINER GEGENÖFFENTLICHKEIT

In der gegenwärtigen politischen Realität, wo die Notwendigkeit politischen Handelns kaum einsichtig wird, gewinnt dieser Aspekt für eine politische Organisation viel zentralere Bedeutung, auch werden unter entwickelteren Bedingungen eher autonome Basisorgane Träger von neuen Kultur- und Kommunikationsformen sein. Wird die politische Organisation zum Hauptträger solcher Formen, bestehen mehrere Gefahren: Sie wird zur "Überwinterungsinstitution" statt zum Instrument des Kampfes, sie ist nur bereit, eine bestimmte Kulturform zu akzeptieren und schließt andere aus. Ansätze neuer, revolutionärer Formen der Zwischenmenschlichkeit entwickeln sich notwendigerweise äußerst vielfältig, sie werden meistens auch nicht als solche, sondern als Ergebnis bestimmter politischer Entwicklung zur Entfaltung kommen. Dementsprechend kann die Entwicklung von Kommunikationszentren nicht eine -noch dazu zentral gelöste -Hauptaufgabe einer Organisation sein. Solche Zentren können und sollen als Bestandteil einer Bewegung wichtige Kommunikationsfunktionen vor allem mit denen erfüllen, die am Rand der Organisation stehen, sollten die Aufgabe einer viel weiterreichenden Arbeit jedoch nicht in den Hintergrund treten lassen.

Kurt Langbein

Strategie und Organisation für die Stärkung der Bewegung für Sozialismus

NACH INTERESSEN ORGANISIEREN?
DIE ERFAHRUNGEN DER LETZTEN
DREI JAHRE

Das entscheidende Ziel der Bewegung für Sozialismus beim herrschenden unterentwickelten Klassenbewußtsein der österreichischen Arbeiterklasse ist es, mitzuwirken an einer Linksentwicklung in Österreich. Diese Linksentwicklung kann nicht von unserer Organisation allein erreicht werden, dazu sind nicht nur unsere Kräfte zu schwach, sondern dies widerspricht auch unseren prinzipiellen Erwägungen zu Fragen der Arbeiterdemokratie. Wir gehen davon aus, daß der Sozialismus nur durch Erweiterung der – großteils nur theoretisch vorhandenen – bürgerlichen Freiheiten erreicht werden kann, und das heißt selbstverständlich, daß alle Arbeiterorganisationen als legitime Vertreter eines Teiles der Arbeiterbewegung anzuerkennen sind. Da nach unserer Einschätzung nur die Gesamtheit der Arbeiterklasse oder zumindest ihre überwiegende Mehrheit als geschichtsmächtige Klasse den Kapitalismus zu überwinden vermag, muß unsere politische Tätigkeit auf möglichst breite Vereinheitlichung abgezielt sein. Aus diesen abstrakten Maximen haben wir eine Reihe von Fehlern gemacht, deren Bewältigung organisatorische Konsequenzen nach sich ziehen muß.

AKTIONSEINHEIT AN DER SPITZE
STATT AN DER BASIS

Der Versuch, möglichst vereinheitlichend auf die österreichische Linke zu wirken, wurde von uns mit untauglichen Mitteln und falschen Konzeptionen angegangen. Statt zu versuchen, durch eine möglichst starke Initiative diese Vereinheitlichung überall dort von unten her zu versuchen, wo Genossen unserer Organisation tätig sind, versuchten wir diese Vereinheitlichung an der Spit-

ze herbeizuführen: in langen, frustrierenden Aktionseinheitsverhandlungen, wo einzelne Genossen z. T. ohne größeres feed-back in der Organisation auf die Vereinheitlichung der verschiedenen linken Organisationen hinzuwirken versuchten. Dies entsprach in keiner Weise dem realen politischen Einfluß unserer Organisation und führte zum Untergang unserer Standpunkte. In Wirklichkeit entsprach dieses Vorgehen einer unbewußten Arroganz, tatsächlich den Standpunkt einer Gesamtbewegung einnehmen zu können und nicht der realen Situation der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS.

Dies schwächte uns auf zwei Ebenen: Zum ersten verunmöglichte uns diese Politik, einer breiteren Öffentlichkeit unsere Politik, unsere politischen Zielvorstellungen und taktischen Erwägungen zu verdeutlichen und machte uns in deren Augen zu einem diffusen politischen Feld als zu einer konkreten politischen Organisation.

Zum zweiten aber verhinderte diese Politik eine wirklich breite, demokratische Meinungsbildung in der Organisation und damit auch die Setzung von Initiativen, die im bescheidenen Rahmen tatsächlich Reflexionsprozesse in den fortschrittlichsten Sektoren der Arbeiterbewegung selbst hätte setzen können.

So gelang es der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS mit Ausnahme der Portugalkampagne und – mit Einschränkungen – der Kampagne zur Arbeiterkammerwahl 1974 nicht, neue politische Einflußsphären zu gewinnen. Wenn auch eine Reihe neuer Aktivisten zur BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS fanden, so blieben wir doch insgesamt in der Isolation, in der sich die gesamte revolutionäre Linke in Österreich befindet.

"ORGANISATION NACH INTERESSEN"
STATT AUFBAUARBEIT

Unsere politische Arbeit geht von einem Konzept aus, daß politische Menschen nicht als gesamtpolitische Individuen sich organisieren, sondern lediglich zu bestimmten politischen Fragen dort, wo sie auch ihre eigenen Interessen zu entdecken vermögen, sich zu organisieren bereit sind. Wenn diese Auffassung auch grundsätzlich richtig ist, so kann eine politische Organisation, die auf die Reorganisation der österreichischen Arbeiterbewegung als ganzer und auf die Gewinnung der fortgeschrittensten Sektoren der Arbeiterschaft abzielt, ihre eigenen Strukturen nicht im vollen Umfang auf die Gewinnung von Individuen mit verschiedenen Persönlichkeitsstrukturen abstellen, sondern muß diese zunächst nach den Erfordernissen des Politisierungsprozesses der Klasse selbst einrichten. Kriterien dafür haben wir in den GRUNDSÄTZEN DER BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS angerissen.

Die Organisationsstruktur selbst muß deshalb vor allem auf die effiziente Erledigung der politischen Aufgaben in diesem Zusammenhang abgestimmt sein. Dies unterscheidet die Organisation von Einrichtungen wie dem CLUB LINKS und dem NEUFELDERSEE, wo tatsächlich auch die zwischenmenschlichen Kontakte zwischen den Genossen verbessert werden sollten.

Die Organisation nach Interessen ihrer Mitglieder kann freilich für eine bestimmte Phase der politischen Arbeit richtig sein: Für die Sammlung bestimmter Kräfte in der Gründungsphase einer politischen Organisation. Man muß dabei bewußt in Kauf nehmen, eine relativ geringe politische Öffentlichkeitsarbeit zu entfalten. Um aber später tatsächlich zu einem politischen Faktor werden zu können,

ist eine solche Sammlungsphase sicherlich bedeutsam. Am deutlichsten läßt sich dies dort zeigen, wo das Konzept entstanden ist: In der BRD beim Sozialistischen Büro, das zunächst nur aus Intellektuellen der späten antiautoritären Phase bestanden hatte und die als Herausgeberkollektiv der Zeitschrift "links" von vorneherein nur an eine linke Öffentlichkeit herantreten wollten. An dieses Herausgeberkollektiv schlossen sich zersplitterte, vereinzelte Gruppen (mehr Intellektuellengruppen freilich als Betriebsgruppen). In dieser Phase konnte nur ein Organisationskonzept, daß diese Neigungsgruppen koordinierte, zur Organisationsbildung führen. Seit dem letzten Jahr aber hat dieses Sammlungskonzept seine Grenzen erreicht, ja es wurde hinderlich für die weitere politische Arbeit. Der Umstrukturierungsprozeß, der seit einem Jahr im Sozialistischen Büro im Gange ist, legt Zeugnis davon ab.

In Österreich war ein solches Konzept von vorneherein nicht erfolversprechend. Es gibt im viel zu stark strukturierten linken Ghetto in Österreich keine "undogmatischen" linken Neigungsgruppen, die bereit wären, sich über die BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS zu koordinieren. Das Konzept der Organisation nach Bedürfnissen ist deshalb bei uns von vorneherein verfälscht, weil die Aktionsfelder in der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS nur von ihren Mitgliedern selbst bestimmt werden können. Für die Bestimmung dieser Aktionsfelder aber fehlten bisher genauere, verbindliche Anweisungen – dies ist das Ziel des nächsten Bundeskongresses.

Fassen wir zusammen: Es muß uns gelingen, am Bundeskongreß unsere eigene politische Identität soweit wie möglich zu konkretisieren, das heißt Aktionsprogramme für die politischen Interventionsfelder zu finden, die wir als die zentralen festgelegt haben und eine korrekte Organisationsstruktur zu finden, die unserem eigenen Ziel Rechnung trägt: dem Ausbruch aus der Isolation der revolutionären Linken und – damit eng verbunden – die Stärkung der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS.

FÜR EINE LINKE BEWEGUNG IN
ÖSTERREICH

Wir können als gesicherte Erfahrung

unserer politischen Periode ansehen, daß noch so breite Aktionseinheiten an der Spitze nur wenig neue Sektoren von linker Politik angesprochen werden konnten. Selbst die rechteste Politik der österreichischen Sozialdemokratie hat nicht automatisch neue Schichten zur Linken geführt, eher zu Zustimmung oder Resignation. Demgegenüber haben die Ansätze zu eigenständiger alternativer Politik und – damit verbunden – zu originellerer Öffentlichkeitsarbeit neue Möglichkeiten eröffnet. Als Beispiele dafür können unsere diversen internationalistischen Veranstaltungen herangezogen werden. Es ist aber bezeichnend, daß uns gerade zu österreichischen Themen sehr wenig eingefallen ist. Unser Wahlkampf zur Arbeiterkammerwahl ist trotz des erstaunlichen Erfolges allenfalls als traditionell zu bezeichnen, die gemeinsame Demonstration gegen die Teuerungswelle im Vorjahr war auch nicht eben originell und der Taferlmarsch gegen die Semmelpreiserhöhung nicht sehr wirkungsvoll.

Um in unserer Öffentlichkeitsarbeit wirklich wirkungsvoll werden zu können, kann auch der bloße Protest gegen Erscheinungsformen des Kapitalismus oder gegen das System als ganzes nicht ausreichen: Wir müssen Aktionen setzen, die konkrete Alternativen aufzeigen und deren Voraussetzung, nämlich die aktive Beteiligung breiter Teile der Öffentlichkeit. Und wir müssen im Stande sein, solchen Aktionen organisatorisch Stabilität zu verleihen.

In diesem Zusammenhang ein Beispiel, das gerade durch sein Scheitern ein lehrreiches für uns sein sollte. Im vergangenen Jahr gelang es einer Gruppe linker Architekten, eine "AKTION GEGEN ABBRUCHSPEKULATION" zu initiieren. In dieser Aktion schlossen sich die Mieter der von der Abbruchspekulation betroffenen Häuser zusammen.

In den meisten dieser Häuser bildeten sich tatsächlich Hausvertrauensleute, die in einer Reihe von Aktionen auf ihre Situation aufmerksam machten. Das entscheidende bei dieser Aktion war aber, daß die Betroffenen nach diversen Märschen zu und durch die Institutionen deren geringe Bereitschaft zum Schutz ihres Wohnungsrechtes erkannten und konkrete ge-

meinsame Kampfmaßnahmen gegen Delogierung diskutierten. Diese Maßnahmen reichten nach Vorstellung der Betroffenen bis hin zu gemeinsamen Aktionen vor und in zu räumenden Häusern zum Delogierungstermin, mit dem Ziel die Räumung zu verhindern.

Hinter der Aktion steckte aber keine organisatorische Kraft. Sie brach zusammen, nachdem sich die Intellektuellengruppe zurückgezogen hatte. Hier hätten wir eine entscheidende Aufgabe gehabt, weil wir die Möglichkeiten konkreter Initiativen an konkreten Bedürfnissen der Bevölkerung gehabt hätten. Unsere rein technische Unterstützung war freilich zu wenig. Die Etablierung einer ständigen Mieterkontrolle in diesem Bereich entsprang dem Kampfbewußtsein der Mieter selbst, die organisatorische Hilfestellung wäre aber die unbedingte Voraussetzung gewesen.

Eine solche wäre damals tatsächlich nicht möglich gewesen. Unsere Organisation ist dazu zu schwach – und das ist das Krebsübel unserer Politik. Wir haben schon eingangs erwähnt, daß eine wirkliche Stärkung unserer Organisation neue Organisationsstrukturen voraussetzt. Es sei nur am Rande erwähnt, daß keine entwickeltere linke Organisation eine Organisation nach Neigungsgruppen vorantreibt: PSU, PdUP-Manifesto, Lotta Continua, der KB Nord und ähnliche mit uns im gesamtpolitischen Konzept übereinstimmende Organisationen organisieren sich zunächst auf kleiner Ebene, im Betrieb und im Bezirk und haben von daher ganz andere Möglichkeiten der Öffentlichkeitswirksamkeit. Eine überregionale Organisation wäre übrigens anders gar nicht denkbar, ebensowenig die politische Vereinheitlichung durch gemeinsame Praxis. Dies steckt in Wirklichkeit bei uns in der Integrationsschwierigkeit neu zu uns gekommener Genossen: Die geringe Identifikationsmöglichkeit der Gesamtorganisation.

Die Aktivität der Organisation sollte sich daher künftig stärker als bisher regional bestimmen, nach Bezirk und Betrieb. Wo es uns möglich ist, sollten derartige Gruppen entstehen, die die dort entstehende Problematik aufgreifen und in ihrer Aktivität eine über das System hinausweisen-

den Alternative aufzeigen, nach den von uns zu erstellenden Aktionsprogrammen, die die Kontrollforderungen (Arbeiter-, Mieter-etc. kontrollen) konkret stellen.

Entsprechend muß auch das bisherige Leitungskonzept überprüft werden: Die Delegation aus Neigungsgruppen hat sich bisher nicht bewährt. aus den gleichen Gründen, aus denen diese Neigungsgruppen selbst problematisch sind. Vielmehr sollte die gesamte Leitung zentral am Bundeskongreß bestimmt werden. Zusätzliche Mitglieder der Leitung sollten nur nach regionalen Gesichtspunkten bestimmt werden. Dies würde der tatsächlichen Situation unserer Organisation eher Rechnung tragen.

Zentrale Fragen, die von der gesamten Organisation entschieden werden müssen, sollen so auch entsprechend in einer breiten demokratischen Willensbildung aller Mitglieder entschieden werden und nicht von Fachgremien, die zwar nicht formal, aber tatsächlich die Mehrheit der Mitglieder ausschließen. Wo die Probleme aber nicht entscheidend genug sind, um in Vollversammlungen diskutiert zu werden, sind Entscheidungen darüber in einer gewählten Leitung demokratischer als in Arbeitskreisen, die zwar formal allen Mitgliedern offen stehen, tatsächlich aber nicht alle in sich vereinen können. Die Einrichtung des Büros und die "politischen" Leitungssitzungen sind ein guter Schritt in dieser Richtung.

Man muß es offen sagen: Es geht tendenziell um den Aufbau einer revolutionären Partei. Freilich einer Partei, die es nicht für sich in Anspruch nimmt, als einzige die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, getreu dem Marx'schen Prinzip im Manifest der Kommunistischen Partei, daß die Kommunisten nur eine bestimmte Partei unter den verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung zu sein haben.

RONALD POHORYLES

Im Rahmen der Diskussion zum kommenden Bundeskongreß setzt sich der folgende Beitrag mit der Rolle der kommunistischen Parteien in Industrie-

und Entwicklungsländern auseinander. Er stellt einen Versuch dar, die von Otto Rühle in seiner Schrift "Von der bürgerlichen zur proletarischen Revo-

lution" (geschrieben 1924, neu erschienen 1970) entwickelten Thesen an Hand seither eingetretener Ereignisse zu belegen und zu ergänzen.

Zur Rolle der Kommunistischen Parteien oder Leninismus und Sozial- demokratismus als feindliche Brüder

Als die revisionistische Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg ihre Bewährungsprobe als staatsertreuende Kraft glanzvoll bestand, führte dies zur Abspaltung eines linken Flügels, der diese "Burgfriedenspolitik" ablehnte. In folgenden Jahren regierte die rechte Sozialdemokratie in verschiedenen Industriestaaten allein oder in Koalition mit bürgerlichen Parteien, wobei sie hielt, was ihr Verhalten im Krieg versprochen hatte: der Kapitalismus wurde nicht in Frage gestellt, ja, wenn die sozialdemokratische Politik die kurzfristi-

ge Profitmaximierung beeinträchtigte (etwa durch Arbeiterschutzgesetze, aber auch durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften), so wurde der Kapitalismus dadurch zugleich längerfristig politisch wie wirtschaftlich gestärkt.

Der linke Flügel, hinfort als kommunistische Bewegung bekannt, konnte dagegen nur im unterentwickelten Rußland die Macht erringen; dadurch und durch die Ermordung Rosa Luxemburgs wurde Lenin der unbestrittene geistige Führer, die

Politik der KPdSU die Richtschnur des Handelns für alle Linken. Wie sah diese Politik aus? Wie der unterentwickelte Charakter des Landes, in dem sie gemacht wurde, es verlangte. Notwendig war die Zerschlagung des Feudalismus und die Einleitung der industriellen Entwicklung, die schnelle Kapitalakkumulation verlangte - was in Rußland 1917 auf der Tagesordnung stand, war die bürgerliche, nicht die sozialistische Revolution, und was die Bolschewiki machten und machen mußten, war eine bürgerliche Revolution. Daß

diese bürgerliche Revolution als sozialistische ausgegeben wurde, entsprach dem Bewußtsein und subjektiven Wollen ihrer Träger, sollte aber böse Folgen haben.

Zurückzuführen ist diese Konfusion auf zwei Umstände: Erstens wurde die Oktoberrevolution von der Arbeiterbewegung und gegen den Willen der bürgerlichen Klassen durchgeführt und zweitens wurde durch die Verstaatlichung der Industrie die herrschende Klasse der bürgerlichen Staaten beseitigt, soweit sie überhaupt schon bestand. Aber diese scheinbaren Widersprüche sind nur durch die Rückständigkeit des zaristischen Rußland bedingt. Auch in Deutschland und in Österreich, wo die industrielle Entwicklung später einsetzte als etwa in England und Frankreich, wurde die bürgerliche Revolution erst 1918 von der Arbeiterbewegung vollendet. Und die Verstaatlichung war wegen der niederen Entwicklung des russischen Kapitals (die relativ wenigen Industriebetriebe waren großteils in englischem und französischem Besitz) unumgänglich; eine "demokratische" privatkapitalistische Entwicklung, wie sie von Kerenski angestrebt wurde, hätte Rußland zur wirtschaftlichen Kolonie stärkerer Mächte werden lassen. Nur ein straff organisierter Staatskapitalismus, der schärfste Ausbeutung der arbeitenden Klassen mit dem Ausschluß des höher entwickelten Auslandskapitals verband, war noch imstande, eine unabhängige industrielle Entwicklung zu garantieren. Zu diesem Staatskapitalismus gelangte man durch eine kleine, aber wesentliche Operation am "Kommunistischen Manifest": Die "Diktatur des Proletariats", von Marx und Engels in ihren Erscheinungsformen ja nicht genau beschrieben, wurde zur Diktatur der "Partei des Proletariats". Dadurch wurde das Proletariat gespalten in Proletarier erster Klasse, die die Produktionsmittel kontrollieren, und Proletarier zweiter Klasse, die theoretisch wohl Besitzer der Produktionsmittel, praktisch aber wie im klassischen Kapitalismus nur fremdbestimmter Produktionsfaktor sind. Die "Proletarier erster Klasse" haben zwar nicht die Möglichkeit zur privaten Aneignung des Mehrwerts, wohl aber die Möglichkeit, über die Aufteilung des Be-

triebsergebnisses auf Investitionen und Löhne und die Lohnverteilung zu entscheiden. Da sie solcherart in den Genuß der Macht privater Unternehmer kamen und auch die Möglichkeit erhielten, sich ökonomische Vorteile zu sichern, mußten sie sich nach der marxistischen Theorie von den Vorkämpfern des Proletariats zu einer neuen herrschenden Klasse entwickeln – die ökonomischen Interessen sind eben stärker als das beste Wollen. Der Klassencharakter der Sowjetbürokratie wurde zuerst von dem amerikanischen Trotzlisten Burnham erkannt; Trotzki schloß ihn deshalb aus seiner Bewegung aus – völlig zu Recht; Trotzki mußte den Bürokratismus den persönlichen Mängel Stalins anlasten, sonst wäre zutage gekommen, daß er selbst keine Alternative anzubieten hatte, daß die Wurzel des Übels in der Politik Lenins lag, die Trotzki mitgestaltet und in Kronstadt so durchschlagend und erfolgreich verteidigt hatte.

Deshalb ist es auch falsch, von der Sowjetunion und den mit ihr verbündeten Staaten als "Übergangsgesellschaften" oder "deformierten Arbeiterstaaten" zu sprechen. Ihre Entwicklung läuft parallel zur kapitalistischen, sie folgt ihr nicht.

Der Sieg leninistischer Parteien in der Dritten Welt (zu der 1917 auch Rußland gehörte) ist notwendig und ein historischer Fortschritt; aber wie die Träger der bürgerlichen Revolution im Westen durch die Dialektik der Geschichte von fortschrittlichen zu reaktionären Kräften wurden, so gilt das auch für die Vertreter des Staatskapitalismus. In dieser Sicht nimmt die Haupttendenz des Prager Frühlings, das Streben nach Selbstverwaltung der Betriebe, den Charakter eines revolutionären Klassenkampfes an; belegt wird dies dadurch, daß die sowjetischen Bürokraten, die alle Abweichungen in Jugoslawien und Rumänien hinnehmen, hier die Notwendigkeit sahen, ihren gefährdeten Klassengenossen zu Hilfe zu eilen.

Diese Einschätzung gilt auch für Jugoslawien, wo eine Synthese von Leninismus (politische Herrschaft einer Kaderpartei) und Sozialismus (Selbstverwaltung der Betriebe) versucht wurde; dabei ist aber die Selbstverwaltung immer mehr ins Hintertref-

fen geraten, und die verschärfte Repression gegen die linke Opposition zeigt, wohin die Entwicklung geht.

Schwieriger sind Aussagen über China, da über die innenpolitischen Verhältnisse wenig Konkretes bekannt ist. Die ökonomische Ausgangsbasis war aber ähnlich wie bei der Gründung der Sowjetunion, und der maßlose Personenkult wie die bürgerlicher Staatsräson folgende Außenpolitik weisen darauf hin, daß die Entwicklung in ihren Grundzügen ähnlich verläuft.

Der Leninismus als die bürgerliche Revolution der Zuspätgekommenen – das klingt sicher immer noch in vielen Ohren ketzerisch. Aber die Entwicklung der letzten Jahrzehnte bestätigt diese Theorie. Von innen heraus siegten leninistische Bewegungen in Rußland, China, Jugoslawien, Kuba, Indochina und wahrscheinlich demnächst in Angola – in allen entwickelten Industriestaaten blieb ihnen der Erfolg versagt, denn die CSSR und die DDR wurden ja durch äußere Gewalt in den Kreis der "sozialistischen Staaten" einbezogen – charakteristischerweise war und ist dort der Widerstand gegen den bürokratischen Apparat größer als in Rumänien oder Bulgarien, wo der Leninismus den objektiven Bedingungen entspricht, obwohl er auch dort importiert wurde.

Wie schon erwähnt, führte der Sieg einer scheinbar sozialistischen Revolution in Rußland dazu, daß sich gerade die besten und aktivsten Kräfte der Arbeiterbewegung mit der Sowjetunion identifizierten. Und angesichts des Hasses, den die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien dem neuen Staat entgegenbrachten, verfielen sie in den tragischen Irrtum, den Weg der Sowjetunion als den Weg zu betrachten, den auch die entwickelten kapitalistischen Länder zu gehen hätten. Die kommunistischen Parteien wurden bolschewisiert; die ihrem Wesen nach bürgerlichen Herrschaftsstrukturen des "demokratischen Zentralismus", des Personenkults und der Parteiautorität, die in der Sowjetunion der notwendigen staatskapitalistischen Akkumulation dienten, wurden als Elemente sozialistischer Strategie übernommen.

Nach einer Phase "ultralinker" Politik, die auf die abstruse Sozialfaschismustheorie gegründet war, führte der Vormarsch des Faschismus im Gefolge der Weltwirtschaftskrise zu einer ersten Phase der Volksfrontpolitik, die in der Regierungsbeteiligung der KP's in Frankreich und Spanien gipfelte. Dabei wurde, unter voller Beibehaltung der theoretischen leninistischen Position, in der Praxis als Konzession an die Partner linkssozialdemokratische Politik gemacht. Am augenfälligsten zeigte sich das in Spanien, wo gegen den Widerstand der linkssozialistischen POUM und der anarchistischen FAI die KP gemeinsam mit den Sozialdemokraten das Konzept einer "demokratischen" nichtrevolutionären Republik durchdrückte, für das es damals keinerlei Klassen- oder politische Basis gab (zwischen Sozialdemokraten und Faschisten standen einige liberale Gruppchen vom politischen Gewicht der bürgerlich-demokratischen Kräfte in Rußland 1917). Auch die Hoffnung auf die demokratische Solidariät der französischen und englischen Kapitalisten erwies sich naturgemäß als sozialdemokratische Illusion, der eben auch Stalin und die KP Spaniens zum Opfer fielen. Da sich aber in der Folge der faschistische Bund der bei der imperialistischen Weltverteilung zu kurz gekommen, hungrigen Kapitalisten Deutschlands, Italiens und Japans als die schwerste Bedrohung der "satten" Kapitalisten der Westmächte erwies, bot die Frontstellung des zweiten Weltkriegs Nahrung für neue Illusionen, die nach Kriegsende zu neuen Volksfrontbildungen (Frankreich, Österreich) führte. Zugleich allerdings wurden in Osteuropa im Schutz der Roten Armee staatskapitalistische Systeme errichtet – unter Verletzung aller Interessen des imperialistischen Kapitals, das man im Westen friedlich zu unterwandern gedachte. Diese Konzeption konnte nicht erfolgreich sein, das nun unbestritten führende amerikanische Kapital trieb im Kalten Krieg die Sowjetunion in die internationale und die westlichen KP's in die nationale Isolation. Das änderte sich erst, als die wichtigsten Teile der US-Bourgeoisie einsahen, daß eine Eroberung der Sowjetunion und eine wirtschaftliche Kolonisierung des Gebiets zwischen Oder und Pazifik militärisch nicht

mehr möglich waren; da erschien ihnen der Handel mit den verhaßten Bolschewiken lohnender als das wirtschaftlich unergiebige Beharren auf ihrer Vernichtung (die profitable Aufrüstung wurde ja deswegen nicht eingestellt). Diese veränderte internationale Situation zwang auch die westeuropäischen kommunistischen Parteien zur Überprüfung ihrer im Ganzen gescheiterten Politik. Dabei spielten folgende Elemente eine Rolle: Die Berücksichtigung der Interessen der Sowjetunion, die zunächst noch sehr viel Bedeutung hatte; die auch im wirtschaftlichen Interesse der SU gelegene Entspannung konnte durch eine revolutionäre Theorie und Praxis der in kapitalistischen Ländern tätigen KP's bedroht werden; die Erfolglosigkeit der eigenen, als revolutionär begriffenen Linie im Vergleich zur Position der Sozialdemokratie, die selbst dort, wo sie wesentlich schwächer war als die KP, eine weit größere Rolle in der praktischen Politik spielte; nicht zuletzt aber auch die eigene bürokratische Tradition, die Denkschemata der Vertretungspolitik, die der sozialdemokratischen wie der leninistischen Position immanent sind, führten dazu, daß diese kommunistischen Parteien in der Praxis wie in der Theorie auf die von der Sozialdemokratie verlassenen "linken" Positionen eingeschwenkt sind. Sie bieten uns heute das erstaunliche Schauspiel, alle gescheiterten linkssozialdemokratischen Illusionen vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus, von der Möglichkeit der wirksamen Vertretung von Arbeiterinteressen in bürgerlichen Gremien zu wiederholen. Den Grund dafür, daß die Sozialdemokraten, die mit den gleichen Vorstellungen zur Eroberung der Macht angetreten sind, überall, wo sie die Regierung stellen, eine den ökonomischen Interessen des Kapitals dienende Politik machen, sehen sie bürgerlich-idealistisch im persönlichen Verrat der Führung, nicht in der Logik des Kapitalismus, der sich jeder beugen muß, der den Kapitalismus erst verwalten und erst später abschaffen will.

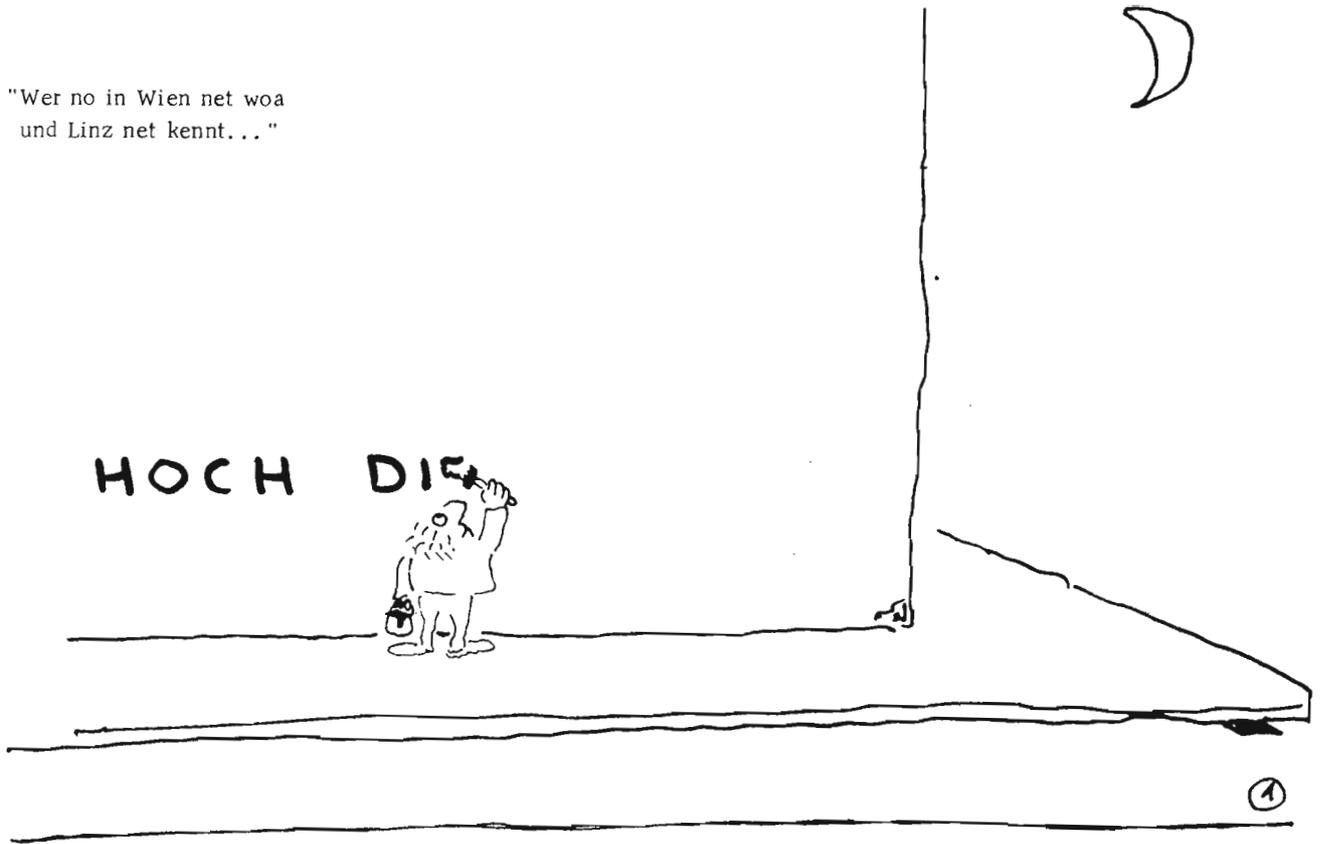
Die – natürlich verständliche und nicht unbegründete – Angst, wieder ins "linke" Ghetto abgedrängt zu werden, führte dabei dazu, daß sowohl im Pariser Mai, als auch in Chile

die KP unter allen Arbeiterparteien die konservativste Stellung einnahm; ob diese Hemmungen abgebaut werden können, wird die Zukunft zeigen. Von einem weiteren Hindernis einer revolutionären Orientierung, der Fixierung auf die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion, haben sich alle großen Parteien des Westens (zuletzt die KPF) freige macht. Nur bedeutungslose Zwergparteien wie die KPÖ sind noch, materiell wie intellektuell, auf die KPdSU und ihre Exporte angewiesen.

Wer den Sozialismus anstrebt, dem muß klar sein, daß die Sowjetunion, daß auch China kein sozialistischer Staat ist und auch nicht sein kann. Die sozialistische Revolution kann nur von den entwickelten Industriestaaten ausgehen, und das Proletariat muß seine Herrschaft als Klasse, nicht vertreten durch eine Partei, ausüben. Die Selbstorganisation der Arbeiterklasse in autonomen Räten ist in den Köpfen der europäischen Arbeiter nicht als reale Möglichkeit vorhanden; nur der westliche Privatkapitalismus und der sowjetische Staatskapitalismus werden als Alternativen gesehen. Damit ist unsere Aufgabe gestellt: Ohne auf die Vertretung konkreter Arbeiterinteressen, soweit möglich auch in Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen und leninistischen Organisationen, zu verzichten, mehr als bisher die langfristige sozialistische Perspektive in den Mittelpunkt zu stellen, die bürgerliche Beschränktheit jeder Vertretungspolitik und die Notwendigkeit des bewußten politischen Kampfes zu betonen. Kurzfristig werden dabei die Erfolge noch geringer sein als bei einer Politik, die das Versagen der klassischen Arbeiterparteien mit Verrat und persönlichen Mängeln führender Köpfe erklärt und uns als beste SP oder KP, die es je gab, anpreist. Langfristig aber kann nur so eine neue, wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung geschaffen werden, die allein fähig ist, die klassenlose Gesellschaft zu bauen.

Paul Herrmann

"Wer no in Wien net woa
und Linz net kennt..."



HOCH DIE RE



"...wer no in Innsbruck net spazieren is grennt - wer Salzburg net hat g'sehn, des Paradies..."

HOCH DIE REAKTION



"...hot kan Begriff davon, was Österreich is!"

DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

12. 3. Werner Matheis
Freitag

**Einschätzung des ÖGJ-Vorschlages
zur Neuordnung der Berufsausbildung**

13. 3.
Samstag

**Junge Generation
und Sozialistische Jugend
rannten zum Kadi** Bericht & Diskussion

19. 3. Herbert Exenberger
liest den Arbeiterdichter
Freitag

Alfons Petzold

20. 3.
Samstag

Biermann-Portrait
Lieder, Gedichte & politische Kommentare

26. 3.
Freitag

FILMABEND

27. 3.
Samstag

Viribus unitis
Kritischer Folk-Rock

Geöffnet ab 19 Uhr * Diskussions- und Vortragsbeginn 19.30 Uhr